



KATHOLISCHE
ELTERNSCHAFT
DEUTSCHLANDS

KED in NRW
Landesverband

Frühjahr 2005

KED Kurrier

Elternmitwirkung macht Schule

Die KED in NRW ist als Verband von erheblicher Bedeutung beim Ministerium für Schule in Nordrhein-Westfalen anerkannt.

IN DIESER AUSGABE

Schulsystem und Schulstruktur	3, 4, 6
Schule und Landtagswahl	16, 18
Schul-Leben und -Seelsorge	20

Liebe Eltern, liebe Leserin, lieber Leser!

Für die Schulen soll eine neue Zeit anbrechen – so steht es in Wahlkampfzeiten in Tageszeitungen und Parteiprogrammen. Tatsächlich gibt es Handlungsbedarf, auch die KED in NRW weist darauf hin. Aber – WAS bringt uns wirklich die große, entscheidende Wende in der Schule? Kann die notwendige Wende per Gesetz oder überhaupt verordnet werden? Sie muss sich zunächst in den Köpfen vollziehen, in den Köpfen derer, die tagtäglich mit Schule zu tun haben, die Schule gestalten können.



Wir alle kennen – aus eigener Erfahrung und aus den Gesprächen mit unseren Kindern – viele engagierte Lehrer, bei denen und für die das Lernen Spaß macht. Wir kennen aber auch Kinder, die morgens mit Angst zur Schule gehen, die vor der Klasse bloßgestellt werden, Ungerechtigkeiten in der Schule, Klassenarbeiten und Noten als Druckmittel ... Kann ein Kind da mit Erfolg lernen?

Nein, eine neue Ära hätte dann begonnen, wenn Kinder morgens mit Freude in die Schule gingen, weil sie dort ihrer kindlichen Neugier entsprechend lernen können und mittags oder nachmittags entspannt zurückkämen. Eine neue Zeit wäre angebrochen, wenn in den Köpfen angekommen wäre, dass wir in der Schule Kinder AUFrichten statt UNTER-richten müssen. Dann wäre die Schule Ort der Identitätsfindung und könnte selbstständiges, eigenverantwortliches und somit erfolgreiches und nachhaltiges Lernen ermöglichen.

Im vorliegenden KED Kurier erfahren Sie unter anderem etwas über politische Positionen der großen Landtagsparteien, erhalten Informationen aus Finnland und lesen über ein schulseelsorgliches Projekt in Attendorn. Denn Schule ist vielfältig – fast so wie die Menschen, die in ihr lernen und arbeiten.

Für heute grüße ich Sie herzlich Ihre

Barbara Balbach

Dr. Barbara Balbach, Vorsitzende der KED in NRW



Während der Abschlussarbeiten am vorliegenden KED Kurier verfolgen wir die Nachrichten vom Sterben und vom Tod des Papstes Johannes Paul II. Von Beginn seines Pontifikates an waren ihm die Jugend und ihre Zukunft ein besonderes Anliegen: „Ihr werdet immer einen besonderen Platz im Herzen des Papstes haben.“ Die KED in NRW fühlt sich ihm in dieser Haltung tief verbunden. Wir trauern um den verstorbenen Papst und beten für ihn um einen Platz bei Gott dem Unendlichen.

So machen es die anderen ...

Die mauen deutschen PISA-Ergebnisse haben die Debatte um das richtige Schulsystem neu angeheizt. Werden in anderen Staaten die Schüler auch so früh auf Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien aufgeteilt? Ein kleiner Rundflug durch einige Länder, die bei PISA deutlich besser abschnitten.

Auch die neue PISA-Untersuchung stellt dem deutschen Schulsystem kein gutes Zeugnis aus. Eine der zentralen Fragen in der abermals entflammten Diskussion lautet, ob Deutschland seinen Kindern und Jugendlichen mit dem traditionell dreigliedrigem Schulsystem tatsächlich einen Gefallen tut – oder ob davon nur die guten Schüler profitieren, während die Hauptschulen abgehängt werden, wo sich Jugendliche aus bildungsfernen Schichten und Migrantenfamilien sammeln.

Die Niederlande, die beim ersten Schulvergleich nicht in die Wertung kamen, eroberten in allen drei Bereichen Plätze unter den ersten zehn Nationen. Die Niederländer haben ein gegliedertes Schulsystem – darauf verweisen konservative deutsche Bildungspolitiker gern und nehmen das Nachbarland als Beleg, dass nicht nur Nationen mit Gesamtschulmodellen weit kommen können.

Die Niederländer differenzieren aber deutlich später als Deutschland. Die Kinder werden in der Regel mit fünf Jahren eingeschult, besuchen allerdings sieben Jahre lang die Grundschule. Daran schließt sich der Sekundarbereich an. Das erste Jahr dient dabei als Übergangsklasse und soll den Übergang in das zweite Jahr der verschiedenen Schularten erleichtern.

Auch Belgien, unter 41 PISA-Teilnehmer auf Rang 8, hat ein gegliedertes Schulsystem mit einer späteren Differenzierung als Deutschland. Die Kinder werden ab dem sechsten Lebensjahr sechs Jahre lang gemeinsam unterrichtet. Danach schließt sich ein Sekundärunterricht an, der drei Unterrichtsabschnitte zu je zwei Jahren umfasst. Neben den öffentlichen Schulen gibt es auch von der römisch-katholischen Kirche getragene Privatschulen.

Kanada, das schon 2000 auftrumpfte und diesmal insgesamt auf dem fünften Platz landete, hat ein integriertes Schulsystem. Die Kinder werden mit sechs Jahren eingeschult und besuchen bis zur zwölften Jahrgangsstufe eine Gesamtschule. Eine interne Differenzierung in unterschiedliche Bildungsgänge findet erst ab der zehnten Klasse statt, indem die Schüler auf hochschulvorbereitende oder berufsbildende Bildungsgänge verteilt werden.

Japan zählte beim ersten PISA-Vergleich zu den großen Überraschungen und hat sich inzwischen leicht verschlechtert, belegt aber trotzdem den vierten Platz. Das japanische System ist integrativ: Die Kinder werden mit sechs Jahren eingeschult und sechs Jahre gemeinsam unterrichtet. Anschließend folgen drei Jahre gemeinsame Mittelschule und drei Jahre Oberschule, mit deren Ende die Schüler die Hochschulreife erhalten. ■

Eine der zentralen Fragen lautet, ob sich Deutschland mit dem dreigliedrigen Schulsystem tatsächlich einen Gefallen tut ...

Niederlande

Belgien

Kanada

Japan

aus: SPIEGEL ONLINE 2004

Wer will das dreigliedrige Schulsystem abschaffen?

Ist die Hauptschule ein Auslaufmodell auf der rot-grünen Streichliste? Die Aussagen von Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn rund um das Thema waren für CDU- und FDP-Fraktion Anlass genug, eine Aktuelle Stunde einzufordern. „Unser gegliedertes Schulwesen erhalten“ (CDU) und „Länder entscheiden über Bildungsfragen“ (FDP) waren dabei die Leitsätze.



**Bernhard Recker
(CDU)**

Bernhard Recker (CDU) warf der Koalition vor, sie fordere die Abschaffung der Schulform Hauptschule „anstatt ihr vernünftige Rahmenbedingungen zu geben. Wie müssen sich denn Lehrer, Schüler und Eltern fühlen, wenn sie derart abgeschrieben werden?“ Warum, so fragte er, müsse die Hauptschule schon wieder als Sündenbock herhalten? Und wie käme eine Bundesministerin dazu, sich in Länderangelegenheiten einzumischen?

„Wir als CDU-Fraktion stehen zur Hauptschule“, bekannte Recker. „Wir wissen um ihre Probleme. Wir kennen aber auch ihre Leistungsfähigkeit. Darum wollen wir sie stärken.“ Die Hauptschule müsse dringend vom Stigma der Restschule befreit werden – durch eine positive Abgrenzung zu anderen Schulformen. „In der Förderung der praktischen Intelligenz und der gesellschaftlichen Integrationsleistung.“



**Ralf Witzel
(FDP)**

Ralf Witzel (FDP) will sich „die Hauptschulen nicht schlechter reden lassen, als sie sind“. PISA habe gezeigt, dass es um eine Qualitätsdiskussion gehen müsse. „Öffentliche Debatten über alternative Schulstrukturen haben eher zur Verunsicherung vor Ort geführt. Der Befund, dass die deutschen Forscher für PISA feststellen, es gebe keinen Zusammenhang zwischen Schulstruktur und Leistungserbringung, dringt nicht mehr durch“, zitierte Witzel aus einem Zeitungsinterview mit der ehemaligen Schulministerin Gabriele Behler (SPD). „Wir müssen“, forderte er, „bestehende Unklarheiten schnellstens durch ein Signal neuer Verlässlichkeit beseitigen. Wir wollen die PISA-Ergebnisse gründlich auswerten und keine ideologischen Bildungskämpfe um neue Schulstrukturen ausfechten. Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es dafür keine gesicherte Erkenntnis.“



**Wolfgang Große
Brömer (SPD)**

Wolfgang Große Brömer (SPD) konterte, die Strukturdebatte, die derzeit stattfindet, werde von CDU und FDP initiiert: „Sie hat eine Vehemenz erreicht, wie wir sie im ideologischen Sinne seit 20 Jahren nicht erlebt haben.“ Dabei habe die CDU vor zwei Jahren mit „ihrem obskuren Förderschulmodell“ selbst die Abschaffung der Hauptschule gefordert. Und auf die Liberalen gemünzt: „Wenn wir Ihren Änderungsanträgen gefolgt wären, dann hätten wir die Gesamtschule in Gänze abgeschafft.“ Das Bildungssystem sei offensichtlich gut aufgestellt im Bereich Fordern, nicht aber im Fördern. PISA II habe gezeigt, dass es

im Bildungssystem nicht gelänge, bestehende Bildungspotenziale abzurufen. Der „sicher verkürzt dargestellten“ Aussage von Edelgard Bulmahn stimme allerdings auch er nicht zu. Aber es müsse an dieser Stelle doch erlaubt sein nachzudenken – ohne Scheuklappen.

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, warf der Opposition vor, „Schlachten der Vergangenheit“ zu schlagen. Hier wolle man nicht über Strukturen diskutieren. Wo CDU und FDP in der Verantwortung seien, ändere man diese. Sie verwies dabei auf die Trennung der zusammengeführten Sonder- und Grundschule in Hamburg und die Abschaffung der Orientierungsstufe in Niedersachsen. In den Ballungsräumen werde die Hauptschule nur noch von zehn Prozent eines Jahrgangs besucht. „Die Kinder und Jugendlichen müssen sich als dumm und ausgeschlossen fühlen.“ Nur zehn Prozent der Hauptschüler erhielten eine Lehrstelle. Löhrmanns Quintessenz: „Wir brauchen eine Schule, die kein Kind beschämt. Das kann nur eine Schule sein, die alle Kinder gemeinsam zu Leistung und Erfolg führt: die Gemeinschaftsschule der Vielfalt.“



**Sylvia Löhrmann
(GRÜNE)**

Schulministerin Ute Schäfer (SPD) stellte klar, dass es „vorrangig um die Reformen im gegenwärtigen Schulsystem geht“. Reformen, die man derzeit in NRW angehe. Auch die Bundesbildungsministerin habe gesagt, dass eine Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems allein nichts bewirken werde. „Grundlegende Strukturveränderungen brauchen einen breiten gesellschaftlichen Konsens. Diesen Konsens sehe ich zurzeit nicht“, so Schäfer. Niemand wolle die Hauptschulen abwerten. Vielmehr habe die Landesregierung „die besonderen schulformspezifischen Belange intensiv mit allen Beteiligten diskutiert“. Auch ein Beitrag, „damit die Hauptschulen ihre Aufgaben so gut wie möglich wahrnehmen können“, verwies die Fachministerin auf zusätzliche 400 Stellen für Sprachförderung in den Klassen 5 und 6, auf die Tatsache, dass mittlerweile zwei Drittel aller Hauptschulen ein Ganztagsangebot vorhalten, auf Integrationshilfen und 400 Sozialpädagogen im Land.



**Schulministerin
Ute Schäfer (SPD)**

aus: Landtag intern 15/2004

Die Familie hat ein Recht auf Unterstützung durch die Gesellschaft bei der Geburt und Erziehung von Kindern. Diese Unterstützung vervollständigt die Arbeit der Eltern ohne sie zu ersetzen.

(HEILIGER STUHL, Charta der Familienrechte, 1983)

Das Prinzip der Subsidiarität stellt sich also in den Dienst der Liebe der Eltern und kommt dem Wohl der Familie in ihrem Innersten entgegen. ... denn jeder andere Mitwirkende am Erziehungsprozeß kann nur im Namen der Eltern, auf Grund ihrer Zustimmung, und in einem gewissen Maße sogar in ihrem Auftrag tätig werden.

(JOHANNES PAUL II., Brief an die Familien, 1994)

Ist eine neue Schulstruktur die richtige Antwort auf PISA?



**Manfred Degen
(SPD)**

Es gibt in Deutschland weder eine „neue Schulstruktur“, noch eine einheitliche „alte Schulstruktur“. Die neuen Bundesländer haben fast alle nur zwei Schulformen in der Sekundarstufe und die Koalition von SPD und CDU in Brandenburg will neben dem Gymnasium eine „Ober-
schule“ durch Zusammenlegung von Gesamt- und Realschule schaffen. Im Saarland hat die CDU die Dreigliedrigkeit hin zur Zweigliedrigkeit verändert. In Nordrhein-Westfalen will die CDU die Hauptschule und die Gesamtschule abschaffen und durch eine so genannte „Aufbauschule“ ersetzen. Ansonsten beschränkt sich die CDU auf eine Gespensterdebatte, in der sie der SPD unterstellt, auf „kaltem Wege“ in NRW die „Einheitsschule“ einführen zu wollen. Die Kampagne der CDU, die diese Unterstellung glaubhaft machen sollte, ist bereits jämmerlich gescheitert.

Die PISA-Ergebnisse über Schülerleistungen und Integrationsfähigkeit lassen Rückschlüsse auf die Effizienz unterschiedlicher Schulsysteme zu. Allerdings werden Vergleiche auch dadurch erschwert, dass es außerhalb Deutschlands kein Schulsystem gibt, das die Kinder im Alter von zehn Jahren so rigide auf drei unterschiedliche Schulformen aufteilt. Selbst in Österreich und in den meisten Kantonen der Schweiz – sowie bereits in sechs Bundesländern – gibt es im Sekundarbereich nur noch zwei Schulformen. Die SPD bietet einen offenen Dialog über ihre Bildungspolitik und über ihre Reformansätze an.



**Bernhard Recker
(CDU)**

Der Schulstruktur lässt sich nicht mit den Ergebnissen der PISA-Studie begründen. Professor Baumert hat verdeutlicht: Ein distanzierter und sachkundiger Betrachter, der keine politischen Botschaften vermitteln will, kommt leicht zu dem Schluss, dass die Untersuchungsergebnisse keineswegs zu eindeutigen Urteilen über Vor- und Nachteile gegliederter oder einheitlicher Schulsysteme führen. Wir müssen nach PISA das bestehende gegliederte Schulsystem verbessern und nicht zerschlagen. Nicht eine neue Schulstruktur ist die Antwort auf PISA, sondern bessere Unterrichtsqualität und individuelle Förderung. Ein Systemwechsel mindert die Leistung. Aber eine weitere Leistungsmin-
derung können wir uns in Nordrhein-Westfalen nicht mehr erlauben – schon heute sind wir weit abgeschlagen. Gerade auch die PISA-Verlierer verfügen über eine verlängerte gemeinsame Schulzeit, nicht nur Finnland oder Schweden.

Die Vielgliedrigkeit des deutschen Schulwesens und seine Anpassung an Besonderheiten in den einzelnen Bundesländern ist kein Nachteil, es ist ein Vorteil, weil wir so Kinder begabungsgerechter unterrichten können. Die Zauberwörter heißen: individuelle Förderung, kleinere Klassen, verlässlicher, qualitativ hochwertiger Unterricht und nicht Einheitsschule.

Drei Jahre nach dem PISA-Schock hat sich die desolade bildungspolitische Situation unseres Landes leider immer noch nicht verbessert. Rot-Grün hat sich als handlungsunfähig erwiesen, notwendige Qualitätsverbesserungen umzusetzen. Das ist das große Versäumnis nach PISA. Die grüne Blitzableiterdebatte pro Einheitsschule löst aber keines der bestehenden Bildungsdefizite. Dieser ideologische Streit über alternative Schulstrukturen hat nur zu großer Verunsicherung bei den Schulen vor Ort, bei Schülern und Eltern sowie Lehrern geführt. Bestehende Unklarheiten müssen daher schnellstens durch ein Signal der Verlässlichkeit für ein auch zukünftig differenziertes Schulangebot beseitigt werden. Jede einzelne Schulform verfügt über ihren spezifischen Bildungsgang und nimmt ihren speziellen Bildungsauftrag im Gesamtsystem wahr.

Anstelle eines unfruchtbaren Schulstreits müssen Unterrichtsbedingungen und Unterrichtsqualität unverzüglich und nachhaltig verbessert werden. Wir brauchen sofort qualitative Verbesserungen in der Lehrerbildung, bei der Methodik und der Didaktik des Unterrichts und ein besseres Schulklima, das die Lernmotivation fördert. Wir müssen dazu die notwendigen Ressourcen bereitstellen, um mehr individuelles Lernen und eine zielgerichtetere Förderung jedes einzelnen entsprechend seiner Begabungen zu ermöglichen. Zudem benötigen wir im differenzierten System mehr Durchlässigkeit sowie validere Verfahren beim Übergang vom Primarbereich in die weiterführende Schule. Dies sind die eigentlichen bildungspolitischen Herausforderungen in Zeiten von PISA.

Die Struktur eines Schulwesens ist kein Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck! Die Frage, die dabei im Mittelpunkt stehen muss, lautet, welche Bildungsziele unsere Schulen und mit ihnen unsere Gesellschaft erreichen möchten. Mehr Chancengleichheit und bessere Leistungen für Kinder und Jugendliche in der Spitze wie in der Breite sind der PISA-Studie zufolge oberstes Gebot. Wir brauchen – das machen uns vor allem die skandinavischen Länder vor – eine Offensive für individuelle Förderung und für eine Unterrichtsgestaltung, die das einzelne Kind in den Mittelpunkt stellt. Das gegliederte System leistet dies nicht und kann es auch nicht leisten, weil Selektionsmechanismen greifen, bevor individuelle Förderung eine Chance hat anzusetzen. Deshalb ist es Zeit, von erfolgreichen PISA-Ländern zu lernen, und diese zeichnen sich durch integrative Schulsysteme aus. Wir brauchen eine Schule der Vielfalt für alle Kinder, die bei den Unterschieden der Schülerinnen und Schüler ansetzt, ohne strukturelle Barrieren aufzubauen. Denn jede Art von institutioneller Barriere behindert erfolgreiches Lernen und Leistung erheblich. Wir müssen die Diskussion um die Schulstruktur ohne ideologische Scheuklappen in einer breiten Öffentlichkeit führen, um eine Kultur in den Schulen zu etablieren, die auf Förderung statt Auslese setzt und damit Grundvoraussetzung für eine leistungsorientierte Schule der Vielfalt für alle Kinder ist.

aus: Landtag intern 12/2004



Ralf Witzel
(FDP)



Sylvia Löhrmann
(GRÜNE)

Was sich an Deutschlands Schulen getan hat ...

Die zweite PISA-Studie wurde offiziell vorgestellt. Ergebnis: Deutschlands Schüler haben in den vergangenen drei Jahren, seit PISA I, kaum zur Spitze aufgeholt. Die Studie hatte damals hektische Betriebsamkeit der Bildungspolitiker ausgelöst – ein Überblick über die bisherigen Reformbemühungen.

Nicht zu reagieren, das ging nicht: Auf die Resultate der ersten PISA-Studie vor drei Jahren folgten echte Reformen und peinliche Beschwichtigungsaktivitäten gleichermaßen. Bund und Länder wollten schließlich nicht noch einmal einen solchen Nackenschlag erleben, der den deutschen Schülern, vor allem aber den Verantwortlichen für das Bildungssystem allenfalls Mittelmaß bescheinigte. Auf allen Ebenen wurde deshalb der Reformmotor angeworfen: beim Bund, in der Zusammenarbeit der Länder und in den Schulen der einzelnen Bundesländer.

Initiativen der Bundesregierung

Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn nutzte die erste PISA-Studie, um eine neue Aufgabenverteilung in der Bildungspolitik zwischen Bund und Ländern zu fordern. Sie will eine Bündelung der Bildungskompetenzen in der Hand der Bundesregierung. Damit konnte sie sich zwar nicht durchsetzen, trug aber wesentlich zur bis heute andauernden Föderalismus-Debatte bei.

Dass es um ihren Einfluss gar nicht so schlecht bestellt ist, bewies Bulmahn außerdem mit ihrem Programm zur Ganztagsbetreuung in der Schule. Satt vier Milliarden Euro, die zum großen Teil aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen stammen, stellte sie für die flächendeckende Einführung von Ganztagschulen zur Verfügung. Bis 2010 soll damit jede dritte deutsche Schule auch nachmittags unterrichten – 10.000 Schulen insgesamt.

Erst zierten sich die unionsregierten Bundesländer und beschwerten sich über die angeblich unzulässige Einmischung der Bundesregierung in die Schulpolitik – um nach einer angemessenen Schamfrist dann doch die Millionenüberweisungen aus Berlin einzustreichen.

Beschlüsse der Kultusministerkonferenz

„Bildungspolitische Meilensteine“ nannte die hessische CDU-Kultusministerin Karin Wolff die Vereinbarungen, die die Bundesländer untereinander trafen, um sich vom PISA-Kater zu erholen. Die Kultusministerkonferenz (KMK), sonst wegen ihres Arbeitstempos eher als „griechische Landschildkröte“ verspottet, präsentierte im Dezember 2003 mit sichtlichem Stolz zwei Beschlüsse: bundesweite Bildungsstandards für Schüler und ein Institut für Qualitätssicherung im Bildungswesen.

**Programm zur
Ganztagsbetreuung
in der Schule.
Satt vier Milliarden
Euro**

**Beschlüsse:
bundesweite
Bildungsstandards
für Schüler und
ein Institut**

In den Bildungsstandards sind Mindestleistungen definiert, über die sich die Länder einig sind: Die aufgelisteten Inhalte muss beispielsweise ein Schüler der 4. Klasse im Fach Deutsch zwingend beherrschen oder eine Schülerin im Fach Mathematik am Ende der 10. Klasse – unabhängig vom jeweiligen Bundesland und der Schulform.

Das Institut für Qualitätssicherung war der zweite gemeinsame Beschluss der Kultusminister; es hat mittlerweile an der Humboldt-Universität in Berlin seine Arbeit aufgenommen. Die Forscher sollen die Qualität des deutschen Bildungswesens unter die Lupe nehmen.

Aktivitäten der Länder

Als dritte Ebene der Reaktion auf die erste PISA-Studie gab es die Aktivitäten, die die Bundesländer in eigener Regie ergriffen haben. Sie reichen von der Einführung des Fremdsprachenunterrichts in der Grundschule über jahrgangsübergreifende Klassen bis hin zu neuen Förderkonzepten.

In Rheinland-Pfalz probiert Schulministerin Doris Ahnen (SPD) beispielsweise neue Wege zur Elitförderung aus: Extra-Schulen für Hochbegabte, unter anderem in Kaiserlautern und Mainz, sollen „die besonderen Potenziale und Chancen dieser Kinder fördern“, sagt Ahnen.

Auch andere Bundesländer sind tätig geworden: So führt Nordrhein-Westfalen zum nächsten Schuljahr neue Regeln bei der Einschulung ein. Zukünftig werden die Schüler in den Klassen 1 und 2 grundsätzlich zusammen unterrichtet. Die Schulen werden verpflichtet, jeden Schüler individuell zu fördern. Das sei ein echter Paradigmenwechsel, sagt Dorothee Schneider, Referatsleiterin im Düsseldorfer Schulministerium: „Wir sagen nicht mehr: Das Kind muss vorher schulfähig sein und dann in die Schule kommen, sondern wir sagen: Die Kinder kommen, und die Schule muss kindfähig sein.“

Auswirkungen auf den Schulalltag

Erstaunlich genug: Viele der in den letzten drei Jahren angeschobenen Änderungen sind tatsächlich schon im Schulalltag angekommen – eine Ganztagschule nach der anderen nimmt ihre Arbeit auf, Schüler schwitzen schon über Tests für die Bildungsstandards und in einzelnen Ländern wie Schleswig-Holstein wird sogar schon durchgerechnet, ob sich das dreigliedrige Schulsystem zu einer Einheitsschule bis zur 10. Klasse zusammenfassen lässt.

Dabei sind sich die Experten einig, dass es etwa eine Schülergeneration, also zehn bis zwölf Jahre, dauern wird, bis die Reformen auch zu messbaren Verbesserungen bei internationalen Vergleichsstudien führen.

Denn schließlich testet die PISA-Untersuchung all das, was 15-Jährige seit dem ersten Schultag an Kenntnissen und Fähigkeiten mitbekommen haben. Wer 2004 eingeschult wurde, kann also erst 2013 unter Beweis stellen, dass sich einiges getan hat an Deutschlands Schulen. ■

aus: SPIEGEL ONLINE 2004

Einführung des Fremdsprachenunterrichts in der Grundschule



Lernen und Leistung

Vom Sinn und Unsinn heutiger Schulsysteme

Erkennnisse der pädagogischen Psychologie belegen: Die Lernbereitschaft ist bei allen Kindern anfänglich gegeben – Voraussetzung für ihre Erhaltung ist eine Entkoppelung von Lern- und Leistungssituationen. Dagegen wird die Lösung des deutschen Bildungsproblems oft in der Verstärkung von Druck, Drill und frühzeitiger Selektion gesucht.



Rosa Boenicke, Hans-Peter Gerstner, Antje Tschira, *Lernen und Leistung. Vom Sinn und Unsinn heutiger Schulsysteme. Wissenschaftliche Buchgesellschaft 2004, 208 Seiten, 29,99 EUR*

In den Monaten nach der Veröffentlichung der PISA-Studie gab es zwar eine breite Diskussion darüber, welche Konsequenzen aus den Ergebnissen zu ziehen seien, grundsätzliche Überlegungen zur Organisation von Schule haben jedoch noch nicht stattgefunden. Leistungsdefizite werden eher dem Schüler angelastet als dass darüber Diskussionen um das System Schule ausgelöst werden. Ob man Schule prinzipiell anders organisieren müsse, um Bildungsgerechtigkeit zu erzielen, welche Funktion das Selektionsprinzip hat, welchen Stellenwert die Leistungsbewertung innehat und wie sinnvoll ein vertikal gegliedertes Schulsystem ist – diese Fragen warten nach wie vor auf eine Antwort. In diesem Buch werden sie gesucht, werden Zusammenhänge aufgedeckt und Lösungsmöglichkeiten durchdacht.

Breiten Raum nimmt die Diskussion des Selektionsprinzips ein. Der Wunsch, durch frühe Selektion eine homogene und somit leistungsfähigere Lerngruppe zu erhalten, gehe ins Leere. Die Chancengerechtigkeit und die direkte Kopplung von Bildungsnähe des Elternhauses und schulischer Karriere von Kindern werden als Folge der frühen und kaum umkehrbaren Selektion vorgeführt.

Das Bewertungssystem in der Schule ist für Schüler keine Hilfe zur Erhöhung seiner Lernmotivation. Eine Entkopplung von Lern- und Bewertungssituation böte die Chance, das Lernen wieder in den Mittelpunkt zu rücken.

Art und Inhalte des Unterrichts arbeiten manches Mal dem natürlichen Lernwunsch der Kinder entgegen und verhindern nachhaltiges Lernen. Sinnvoller sei das durch die Schüler selbstgesteuerte Lernen, das Problemlösungsstrategien entwickelt und zu Kompetenzerwerb führt. Soziales Lernen und die Förderung kognitiver Fähigkeiten sind nicht voneinander zu trennen.

Das Buch ist ein Plädoyer für deutliches Umdenken in der Schule und belegt jeden Kritikpunkt ausgiebig.

Die Autoren: Rosa Boenicke ist Professorin für Erziehungswissenschaft an der Universität Heidelberg, Antje Tschira und Hans-Peter Gerstner sind wissenschaftliche Mitarbeiter am Erziehungswissenschaftlichen Seminar der Universität Heidelberg. ■

Rezension: Dr. Barbara Balbach

Schule kann gelingen!

Wie unsere Kinder wirklich für das Leben lernen

Enja Riegel war von 1982 bis zu ihrer Pensionierung 2002 Schulleiterin der Helene-Lange-Schule in Wiesbaden. Am Anfang stand die Umwandlung des Helene-Lange-Gymnasiums in eine Gesamtschule. An Mut fehlte es der Schulleiterin nicht, ebenso wenig an breiter Schulerfahrung.

Die politischen Vorgaben für Gesamtschulen kamen ihr entgegen. So wurde aus dem Rumpfgymnasium mit 900 Schülern eine vierzügige, sechsklassige Gesamtschule mit nur 600 Schülern. Eine der ersten Entscheidungen war die Schaffung von Lehrerteams, die jeweils nahezu ausschließlich eine Jahrgangsstufe unterrichteten und ihre Klassen die gesamten sechs Jahre begleiteten. Das schuf Stabilität und Kontinuität, bedingte aber in großem Umfang fachfremden Unterricht. Schrittweise folgten weitere Änderungen, die vor allem auf die Förderung der Selbstständigkeit der Schüler abzielten. Die Rechnung ging auf: Bei der PISA-Studie kritisch untersucht, schnitt die Schule hervorragend ab.

Die 15 Kapitel des Buches dokumentieren Einzelheiten. Da ist die Rede von einer regelmäßigen Gesprächs- und Planungsrunde jeder Klasse montags in der ersten Stunde; von selbstständiger Arbeit und Präsentation der Ergebnisse im „Schülertreff“; von einem „Raum der Stille“; vom Beten in einer öffentlichen Schule; von Streit und Versöhnung, anders als nach dem bekannten Streitschlichtermodell; vom „Klassenrat“ und vom Putzdienst der Schüler, von Projekten, Exkursionen und schulfremden Referenten im Unterricht; vom Theaterspielen, dem ein hoher Stellenwert und Professionalität an der Schule eignet; von vielgestaltiger Einbeziehung der Eltern; von wirtschaftlichen Aktivitäten, durch die die Schule sich zusätzliche Finanzmittel beschafft; von der Abschaffung der Ziffernnoten in den Klassen 5 und 6 und dennoch strenger Leistungsmessung und Qualitätssicherung. Wer Schule von innen kennt, wird wenige Alltagsprobleme in Enja Riegels Darstellung vermissen.

Man fragt sich, wann in dieser Schule Fachunterricht gehalten wird. Es ist deutlich weniger als üblich, aber der Erfolg gerade auch in fachlichen Kompetenzen gibt ihnen recht. Die PISA-Studie belegt es. In den Naturwissenschaften wird der Erwartungswert um die Lernleistungen eines ganzen Schuljahres übertroffen, in Mathematik um fast ein Halbjahr.

Enja Riegel warnt vor mechanischer Nachahmung ihrer Praxis. Jede Schule muss ihren Weg finden. Wem am Gelingen von Schule gelegen ist, der wird hier in nahezu jedem Kapitel Herausforderungen spüren, Anregungen erfahren und ins Nachdenken kommen.

Das Buch lohnt die Lektüre wie nur wenige andere über Schule.

Roman Mensing, aus: Eltern-Forum 4/2004 (leicht gekürzt)



Enja Riegel, Schule kann gelingen! Wie unsere Kinder wirklich für das Leben lernen. S. Fischer Verlag Frankfurt 2004, 256 Seiten, 17,90 EUR

Der Geschäftsführer der KED in NRW Michael Sandkamp hatte Gelegenheit, an einer Exkursion nach Finnland zur Inaugenscheinnahme des finnischen Schulwesens teilzunehmen.

Impressionen und Informationen aus Finnland

Deutschunterricht in einer finnischen Grundschule. Hier kann man Deutsch ab dem ersten Schuljahr als Fremdsprache erlernen, andere Unterrichtsfächer kommen mit Deutsch als Unterrichtssprache nach und nach hinzu.



Englisch sowie die zweite Landessprache Schwedisch sind in Finnland ohnehin obligatorisch, so dass nach der neunten Klasse der Gemeinschaftsschule vier Sprachen „auf dem Schirm“ sind. Das ermöglicht für die Schülerinnen und Schüler natürlich einen Schnelldurchgang im Fach Deutsch in der gymnasialen Oberstufe. Die ersten Kurse lässt man einfach weg und lernt statt dessen etwas anderes. 11 Jahre bis zum Abi sind zwar eine Ausnahme, sie kommen aber vor – 12 Jahre sind üblich.



Werkraum in einer finnischen Grundschule. In dieser Qualität werden die Schulen ausgestattet, jede Grundschul-Klasse verfügt zudem über ein Klavier, alle finnischen Grundschulklassenlehrer haben eine entsprechende musische Ausbildung. In Finnland wird für die jüngsten

Schüler am meisten Geld aufgewendet, die frühe Förderung steht oben an. Sek II –Schüler müssen mit weniger auskommen. In Deutschland ist es genau umgekehrt. Und dabei wird unter dem Strich in Finnland pro Kopf und Schüler zwar etwas, aber keinesfalls viel mehr in Bildung investiert als in Deutschland, aber – glaubt man den PISA-Ergebnissen – offenbar intelligenter und effizienter. Dabei bekommt jeder Schüler die Fahrt zur Schule bezahlt, ein warmes Mittagessen in der Schule (sie dauert von 9 bis 14, 15 oder 16 Uhr) sowie sämtliche Bücher und Arbeitsmittel inklusive Hefte und Stifte.

In Finnland hat jeder Schüler das Recht (!), sich an seiner Schule wohl zu fühlen. Dafür leisten finnische Schulen einen hohen personellen und materiellen Aufwand. Hier: Pausenraum einer integrativ beschulten Sondergruppe von



autistischen Schülern und ihren Lehrern. An finnischen Schulen arbeitet ein multiprofessionelles Team von Sozialarbeitern, Krankenschwestern für die physischen Belange, Studenten und ehemaligen Lehrern als Assistenzlehrer, Sonderpädagogen für spezielle Förderbedarfe und natürlich von Lehrern.

Eingeschult wird mit 7 Jahren, so gut wie alle Kinder besuchen vorher ein Jahr lang die Vorschule. Dort arbeiten speziell ausgebildete Vorschul-Lehrer(innen) und Erzieherinnen. Defizite und besondere Begabungen werden früh erkannt, man reagiert ggf. mit der Erstellung eines individuellen Förderplans. Sonderschulen gibt es nicht, alle Schüler gehen neun Jahre lang gemeinsam auf eine Schule. Förderliche Zuwendung statt Selektion und Sortierung heißt das finnische Geheimnis.

In der Sekundarstufe II haben die Lehrer ihren festen Raum, die Schüler wandern. Gelernt wird in fünf Epochen pro Jahr, feste Schuljahre gibt es nicht. Wer fleißig ist oder sich beeilen möchte, macht einfach mehr. 75 fünfständige Kurse sind Pflicht, macht bei drei Jahren



und fünf Epochen pro Jahr fünf Kurse pro

Epochen. Aber man kann sich am Ende auch prüfen lassen, ohne den Kurs besucht zu haben – wenn man es sich etwa in den Sprachen zutraut. –

Blick in einen Religionskurs mit 26 Schülern. Man achte auf die Feinheiten: Fernseher und Videoanlage, Computer, Projektionstisch für Bücher und Unterlagen, Decken-Beamer zur Projektion sind hier beispielsweise selbstverständlich – anderenorts kommen weitere Computer mit Internet-Anschluss hinzu. „Das ist doch ganz sinnvoll wegen der Recherche-Möglichkeiten,“ hört man von den Lehrern.



Eingangsbereich einer Schule für die Klassen 7–9 in der Sekundarstufe I – sie sind bei den größeren Systemen räumlich von den ersten 6 Klassen getrennt, diese hier hat etwa 400 Schülerinnen und Schüler. Graffiti und mutwillig demolierte Möbel – Fehl-anzeige. Aufmerksamkeit für jeden Schüler und dementspre-

chend die subjektive Sicherheit, dass man sich um jeden kümmert, schaffen ein gelassenes Klima und entspannte Voraussetzungen für das Lernen. Sie lassen Vandalismus und aggressive Grundstimmung nicht erst aufkommen. Sicherlich spielt die finnische Mentalität auch eine Rolle – so gesehen bekommt jede Gesellschaft die Schule, die sie verdient. Aber das gilt auch umgekehrt: Die Vermeidung jeder Selektion und Aufteilung in verschiedene Schulformen nimmt dem Lernen Stress und fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt – über ethnische und soziale Zugehörigkeit wie über die Berufsgruppen der Eltern hinweg. So gesehen kann die Schule einen stabilisierenden Beitrag zum gesellschaftlichen Frieden leisten.

Entspannte Stimmung im Unterricht – den deutschen Besuchern zuliebe auf Englisch: Diese Sek II – Schule hat als Schulprofil-Kennzeichen das Fach Drama / Darstellung als eins ihrer Hauptfächer. Kompetenzen in sprachlichem und körperlichem Ausdruck, Auftreten, nonverbale Kommunikation und physische Präsenz werden so geschult. Die Schule ist davon überzeugt, dass das hier Erlernte im Leben bedeutsamer werden kann als manche Formel in Mathematik oder möglicherweise eine tote Sprache.



Die Schulen sind zum ganz überwiegenden Teil in kommunaler Trägerschaft, es gibt wenige private Schulen. Alle bekommen den gleichen Prozentsatz staatlicher Zuwendungen, den Rest bringen die Kommunen als Schulträger auf. Sie stellen auch die Lehrer ein. Das verstärkt in den Kommunen die gemeinsame Verantwortung für die Schulen und für die Begleitung und Förderung der

Schüler. Finnische Lehrer haben grundsätzlich weniger Unterrichtsstunden zu geben als deutsche Lehrer, allerdings verdienen sie auch erheblich weniger.

Zusätzliche Stunden wie z.B. Fördergruppen und Vertretungen werden ab der ersten Stunde zusätzlich bezahlt. Die Bezahlung der Lehrer zwischen einzelnen Kommunen kann durchaus etwas schwanken, mit den übrigen Mitteln verbessert eine Kommune dann z.B. die Förderung bei Sonderbegabungen oder bei Handicaps – eine Maßnahme, die wiederum die Lehrer entlastet.

Gespräch im staatlichen Zentralamt für das Unterrichtswesen „Opetushallitus“: Die landesweite Auswertung der Schulleistungen (nicht nur der Schülerleistungen!) und die Umsetzung der staatlichen Gesetze in Unterrichtsvorgaben sind die wesentlichen Aufgaben des Zentralamtes. Es wird in Finnland als Partner mit dem



gemeinsamen Interesse der Optimierung der Schulen verstanden, direkte Kontrollfunktionen obliegen ihm nicht. Die Größe Finnlands (Einwohnerzahl etwa wie das Bundesland Hessen, Fläche etwa wie Deutschland) ermöglicht ein einziges zentrales Amt mit überschaubarer Größe. Dazu kommt die Entlastung von schulaufsichtlichen Aufgaben und die weitgehende Überantwortung der Evaluation in die Hände der Lehrerinnen und Lehrer („Wir bilden unsere Lehrer gut aus, sie sind die Fachleute.“)

Klare Verhältnisse in Finnland: Monatelang Schnee und Temperaturen unter null Grad. Das macht völlig neue Wege über zugefrorene Seen und Meeresarme möglich. Auch im Schulwesen haben die Finnen die aus unserer Sicht normalen Wege verlassen: Das gegliederte Schulsystem wurde Mitte der 70er Jahre, die staatliche Schulaufsicht 1995 abgeschafft. An deren Stelle treten mit breitem Konsens in der Gesellschaft eine neunjährige Gemeinschaftsschule für alle Schüler sowie ein hohes Interesse von Eltern, Lehrern und Schülern daran, zu erfahren, was die Schulen leisten. Man überprüft jährlich nach einem ausgeklügelten System verschiedene Parameter. Viele Schulen nehmen freiwillig (und gegen Bezahlung!) an diesen Evaluationen teil. Aus finnischer Sicht ist nicht nur das Winterwetter in Mitteleuropa grau und neblig. Die Forderung nach dem „Erhalt der schulformbezogenen Schulaufsicht“ kommt einem Finnen wie ein absurder Anachronismus vor – er braucht beides nicht mehr, weder Schulaufsicht noch verschiedene Schulformen. ■



Mehr Förderung – mehr Bildung – mehr Freiheit für unsere Schulen

In der Schulpolitik in NRW ist vieles versäumt und falsch gemacht worden. Das hat schon die erste PISA-Studie vor drei Jahren deutlich gemacht, und auch seitdem ist so gut wie nichts besser geworden.

Die sozialdemokratische Schulpolitik ist gescheitert. Sozialdemokraten haben zugelassen,

- dass in keinem anderen Bundesland die Bildungschancen so sehr von der sozialen Herkunft abhängig sind wie in NRW;
- dass Jugendliche unsere Schulen verlassen, ohne ordentlich lesen, schreiben oder rechnen zu können;
- dass die durchschnittlichen Leistungen unserer Schüler weit hinter dem zurückbleiben, was sie leisten könnten, wenn sie besser gefördert würden;
- dass Lehrer sich alleingelassen fühlen und ihre pädagogische Freiheit bürokratisch eingeengt wurde.

Die CDU steht für einen schulpolitischen Neuanfang in NRW.

Nach PISA ist klar: Wir müssen vollkommen neue Wege gehen. Wir wissen, dass grundlegende Reformprozesse nur dann erfolgreich gestalten werden können, wenn wir die Schulen in die Freiheit entlassen. Gerade die PISA-Sieger Finnland und Kanada geben den Schulen ehrgeizige Lernziele vor, gleichzeitig überlassen sie es ihnen, wie sie diese erreichen. Während in Schweden 98 Prozent der Einstellungen von Lehrern in der Verantwortung der Schulen liegen, sind es in Deutschland gerade mal 9 Prozent. Während in Finnland 96 Prozent des Fächerangebotes von den Schulen bestimmt werden, sind es in Deutschland nicht mal ein Drittel. ...

Wir wollen allen Schulen mehr Freiheit geben

Wir wollen die Schulen aus der staatlich-bürokratischen Bevormundung entlassen. Das Schulwesen bleibt unter Aufsicht des Staates. Die Schulen sollen jedoch die Erziehung, den Unterricht, das Schulleben sowie ihre inneren Angelegenheiten selbständig und in eigener Verantwortung gestalten. Das bedeutet:

- Die Schulen erhalten ein Stellen- und Sachmittelbudget.
- Der Schulleiter wird im Einvernehmen mit dem Schulträger durch die Selbstverwaltungsorgane der Schule für die Dauer von acht Jahren gewählt.
- Die Schulen stellen Lehrer selbst ein.
- Lehrer sollen unterrichten und nicht verwalten. Zur Entlastung der Lehrer von Verwaltungsaufgaben wollen wir durch Verlagerung von Stellen aus anderen Bereichen der Landesverwaltung Verwaltungsfachleute in die Schulen bzw. an die Kommunen geben.
- Das Land gibt Kerncurricula und Bildungsstandards vor.
- Jede Schule gibt sich ein Schulprogramm. Sie legt darin dar, wie sie den Bildungs- und Erziehungsauftrag erfüllt. Dabei trägt sie den besonderen Vor-

aussetzungen ihrer Schüler sowie den besonderen Merkmalen der Schule und ihres regionalen Umfeldes angemessen Rechnung.



- Die Schulen und die Schulaufsicht sind zu kontinuierlicher Qualitätsentwicklung und -sicherung verpflichtet.
- Die Schulen konkretisieren die Kerncurricula und müssen die Bildungsstandards eigenverantwortlich erreichen.
- Die Evaluation der Schulen dokumentiert die Leistungs- und Qualitätsentwicklung der Schulen.
- Durch regelmäßige Lernstandserhebungen in den Klassen 3 und 8 wird die Lernentwicklung und Leistungsfähigkeit der Schüler dokumentiert. Durch zentrale Abschlussprüfungen wird die Vergleichbarkeit und Qualität schulischer Abschlüsse sichergestellt.
- Die Überprüfung der Leistungen von Schulen wird durch ein unabhängiges Institut für Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung durchgeführt.
- Die Ergebnisse der Evaluation werden veröffentlicht. Die Schulen stellen sich so dem Wettbewerb um die Verbesserung der schulischen Arbeit.

Wir wollen die Schulen dabei mitnehmen und Unterstützung gewähren, damit sie diese vollkommen neuen Aufgaben auch bewältigen können.

Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche individuell gefördert werden

PISA lehrt uns ein zweites: Wir müssen die Möglichkeiten zur individuellen Förderung deutlich verbessern. Kinder und Jugendliche sind vielfältig und unterschiedlich begabt. Wichtig für den Bildungsweg und den Bildungserfolg ist die individuelle Förderung. Wir wollen sie nachhaltig verbessern.

- Wir wollen kleinere Klassen und kleinere Schulen statt anonyme Lernfabriken.
- Die Ausbildung der Lehrer wird schulformbezogen gestaltet und verstärkt auf die Praxis ausgerichtet. Lehrer werden verstärkt in Diagnose- und spezifischer Förderfähigkeit weitergebildet.
- Zur besseren Förderung von hochbegabten wie leistungsschwächeren Schülern sollen Angebote außerhalb des Unterrichts ermöglicht und den Schulen die Möglichkeit gegeben werden, Förderverbände zu gründen.

Wir wollen mehr und verlässlichen Unterricht

In NRW wird zu wenig Unterricht erteilt. Es fällt zu viel Unterricht aus. 15-jährige Schüler in NRW haben laut Stundentafel bis zu einem Jahre weniger Unterricht als Gleichaltrige in anderen Bundesländern. Für mehr und verlässlichen Unterricht wollen wir ab 2005 schrittweise 4.000 zusätzliche Lehrerstellen schaffen. ■

Jürgen Rüttgers, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, Bernhard Recker, stellvertretender Vorsitzender und schulpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion. (Auszüge aus der Pressekonferenz der CDU-Landtagsfraktion, Düsseldorf, 17. Januar 2005, Original: www.nrw-cdu.de/634.php)

Die Zukunft gewinnen – Das Herz nicht verlieren

Eine gute Zukunft Nordrhein-Westfalens - das bleibt unsere Aufgabe. Wir zeigen, wie ein modernes Land Zukunft gestaltet, ohne sein Herz zu verlieren.

Erfolgreich starten

Wer bei uns in Nordrhein-Westfalen lebt, wer sich bei uns in Nordrhein-Westfalen engagiert, soll von der Stärke unserer Regionen profitieren. Wir wollen, dass alle ihre Chancen nutzen können, für sich, aber auch für unser Land. Wir sorgen dafür, dass nicht die Herkunft der Menschen ihre Zukunft bestimmt, sondern ihre Fähigkeiten, ihre Begabungen, ihre Leistungen und ihr Engagement. Wir tragen dazu bei, dass alle erfolgreich starten können.

Wir bringen die Kleinen groß raus

Das Wertvollste, was wir haben, sind unsere Kinder. Sie sind unsere Zukunft. Deshalb brauchen sie eine gute Gegenwart. Unabhängig davon, welchen Beruf und welche Ausbildung ihre Eltern haben. Unabhängig davon, über wie viel Vermögen ihre Eltern verfügen. Unabhängig davon, in welchem Stadtteil sie leben. Unabhängig davon, aus welchem Land ihre Vorfahren zu uns nach Deutschland gekommen sind. Wir wollen, dass die Kleinen groß rauskommen.

Wir werden Schritt für Schritt ein Betreuungsnetz für die unter Dreijährigen schaffen. In einem ersten Schritt werden wir für die unter Dreijährigen von berufstätigen Alleinerziehenden ein Betreuungsangebot schaffen. Wir wollen die Neugier und den Wissensdurst der Jüngsten nutzen, um ihre Startchancen zu verbessern. Der Bildungsauftrag der Kindertagesstätten soll deshalb gestärkt werden. Früh fördern bedeutet auch, allen Kindern gleichermaßen das Erlernen der deutschen Sprache zu ermöglichen. Das gilt für Migrantenkinder, ebenso wie für Kinder aus bildungsfernen Schichten. Wer in die Schule kommt, soll gut Deutsch sprechen können. Wenn Eltern dazu nicht beitragen können, darf das nicht zum Nachteil für ihr Kind werden. Dann ist gezielte Förderung zwingend erforderlich. Wir erwarten allerdings, dass diese Förderangebote auch angenommen werden.

Wir fördern Leistung

Ein gerechter Staat sichert gleiche Chancen beim Zugang zu Bildung für alle und in jeder Lebensphase. Es waren die Sozialdemokraten, die gegen heftigen Widerstand der Konservativen für gleiche Bildungschancen gekämpft haben und weiter kämpfen werden. Es ist die NRWSPD, die für Chancengleichheit in Bildung und Erziehung sowie für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sorgt.

Darum haben wir die Offene Ganztagsgrundschule durchgesetzt. Unsere Kinder brauchen einen Lern- und Lebensraum, in dem qualifizierter Unterricht, individuelle Förderung und kindgerechte Betreuung eine Einheit bilden. Unser ehrgeiziges Ziel sind 200.000 Plätze in Offenen Ganztagsgrundschulen bis 2007.



Was wir in der Grundschule erfolgreich begonnen haben, werden wir in den weiterführenden Schulen fortsetzen. Wir werden die Offene Ganztagschule auch dort einführen, zunächst bis zur Klasse 7.

Das heißt: Wir organisieren bei uns in Nordrhein-Westfalen eine verlässliche Betreuungskette, beginnend bei den unter Dreijährigen bis zu den Dreizehnjährigen, und erreichen damit zweierlei: Bestmögliche Förderung für Kinder und Jugendliche und bestmögliche Vereinbarkeit von Kindern und Beruf für Eltern, vor allem für alleinerziehende Frauen und Männer. Unsere Bildungspolitik ist kinder- und familienfreundlich.

Im Mittelpunkt stehen für uns die Kinder und Jugendlichen. Ihr erfolgreiches Lernen und ihre persönliche Entwicklung sind Maßstab unserer Bildungspolitik. In keinem deutschen Flächenland schaffen so viele Schülerinnen und Schüler einen Schulabschluss. Nirgendwo sonst in Deutschland verlassen so viele junge Menschen die Schule mit der Hochschulreife. Es zahlt sich aus, dass wir die Zahl der Lehrerstellen um mehrere tausend erhöht haben. Anderswo sind Lehrerstellen abgebaut worden.

Wir wollen noch besser werden. Das Abitur nach zwölf Schuljahren wird der Regelfall. Voraussetzung dafür ist mehr Unterrichtszeit und mehr Förderung in den Klassen 5 bis 10. Wichtig ist uns: Das gilt nicht nur für die Gymnasien sondern auch für alle anderen Schularten. Wir stellen für alle Schülerinnen und Schüler in den Klassen 5 bis 10 schrittweise mehr Zeit für Unterricht und Förderung bereit. Wir wollen, dass die Talente aller Kinder und Jugendlichen wirksamer gefördert werden können.

Wir sichern die Qualität der Schulabschlüsse durch gezielte Förderung und klare Ziele. Am Ende der 10. Klasse und in der Abiturprüfung werden deshalb landesweit gleiche Aufgaben gestellt. Die Qualität unserer Schulen wird laufend überprüft und verbessert. Und wir werden unseren Schulen noch mehr Selbstständigkeit geben,

Wir wenden uns aber auch an die Eltern. Sie müssen ihren Erziehungsauftrag für einen erfolgreichen Bildungsweg ihrer Kinder auch tatsächlich wahrnehmen.

Wir brauchen jedes Talent

Das Bildungssystem entscheidet über Berufs- und Lebenschancen der Menschen und damit über die Perspektiven unserer Wirtschaft. Hochschulausbildung, duales Berufsausbildungssystem, Qualifizierung und Weiterbildung bilden das Fundament für die gute Zukunft unseres Landes. Wir in Nordrhein-Westfalen brauchen jedes Talent.

Nirgendwo sonst beginnen so viele ein Studium. Wir werden auch weiterhin keine Studiengebühren für das Erststudium erheben. Auch das unterscheidet uns von den Konservativen.

Wir geben den Hochschulen schrittweise mehr Freiheit und Eigenverantwortung. Daher werden wir den Hochschulen Anreize geben, sich stärker an den Bedürfnissen der Studierenden zu orientieren.

Wir halten am bewährten System der dualen Ausbildung in Schule und Betrieb fest. Politik und Wirtschaft stehen im Wort: Alle Jugendlichen, die ausbildungsfähig und ausbildungswillig sind, müssen ein Ausbildungsangebot erhalten. ■

(gekürzte Version, Original: www.nrwspd.de/landtagswahl/wahlprogramm.asp)

Eine Schule macht sich auf den Weg: St. Ursula-Realschule Atten-dorn auf dem Jakobs-Pilgerweg

Wir fahren nach Santiago“. Als meine Kinder ... diese Nachricht aus der Schule mitbrachten, war ich erst ein wenig irritiert. Nach Chile? „Nein.“ klärte mich meine 14 jährige Tochter auf, „nach Santiago de Compostela in Spanien.“ Spanien fand ich etwas weit für eine Klassenfahrt im achten Schuljahr. „Wir fahren auch mit.“ ergänzte mein Sohn. Er besucht die sechste Klasse. Und dann erzählten meine

Kinder von dem einmaligen Vorhaben der St. Ursula Realschule.

Die Schule feiert 2004 ihren 50. Geburtstag. Wie werden solche Feste normalerweise gefeiert? Schulfest mit Kuchenständen, gebacken von Müttern und Omas, Ehemaligentreffen und viele bunte Stände und Attraktionen. Das Geld ist für einen guten

Zweck oder für die Schule selber und nach ein oder zwei Tagen ist alles vorbei. Doch diese Idee war etwas ganz anderes. Gemeinsam wollte die gesamte Schülerschaft – über 600 Schüler und Schülerinnen – den Weg des heiligen Jakobus im spanischen Norden pilgern. Welch ein Vorhaben!

Bei der ersten Informationsveranstaltung im Mai 2002 war es daher nicht verwunderlich, dass die große Aula der Schule bis auf den letzten Platz belegt war. ... Herr Höffmann, vom gleichnamigen Reiseunternehmen, erzählte witzig und unterhaltsam, was die Eltern und vor allem die Kinder im Juni 2004 erwarten wird. Der Funke sprang bei den meisten schnell über und so starteten zahlreiche Initiativen um das Projekt in die Tat umzusetzen. Arbeitskreise wurden gebildet, Klas-

senversammlungen einberufen, Aktionen gestartet um Geld in die Reisekasse zu bekommen und vieles mehr. Auch für unsere Kinder wurde die Pilgerfahrt zwei Jahre lang ein Teil ihres Schulalltages. Immer wieder gab es unterrichtsübergreifende Projekte und selbst einige Grundbegriffe in Spanisch lernten die Kinder. Als besonders positiv stellte sich die Gruppenzusammensetzung heraus. Schüler und

Schülerinnen aus verschiedenen Jahrgängen wurden zu einer Pilgergruppe. Das erforderte Rücksicht und Toleranz. Noch heute, nachdem die Fahrt schon ein halbes Jahr vorbei ist, zeigt sich die Frucht dieser Planung. „Das ist Kathi aus der Zehnten.“ erklärt mein Sohn beim Einkaufen. Kathi grüßt freundlich zurück. Wer aus unserer Schulzeit wur-



de im siebten Schuljahr schon von einem Zehntklässler begrüßt und ernst genommen? Die Schulgemeinschaft profitiert von diesem Erlebnis. Die Jungen und Mädchen, egal in welcher Klasse, kennen sich und haben sogar gemeinsame Erfahrungen.



Die Zeit, bis es schließlich ernst wurde mit der Pilgerfahrt, verging wie im Flug. Kurzfristig bekamen einige Eltern ein etwas unguutes Gefühl, als es in Madrid im März zu einem Terroranschlag kam. Doch absagen wollte die Pilgerfahrt niemand mehr. Am 1. Juni war es dann so weit. Nach einem Gottesdienst auf dem Schulhof ging es mit 18 Bussen Richtung Spanien. Für alle bot sich ein beeindruckendes Bild. Die erste Etappe wurde durch Attendorn von der Schule zum Busparkplatz vor den Toren der Hansestadt gepilgert. Als die Busse sich schließlich in Bewegung setzten, winkten hunderte am Straßenrand....Was für ein einmaliges Erlebnis würde unseren Kindern da geschenkt? Wie Recht wir hatten,

zeigte sich an den täglichen Telefonaten aus Spanien. ... Selbst Schüler, die vorher nicht besonders erbaut waren von der Pilgerfahrt, berichteten begeistert nach Hause. Die Zugriffe im Internet wurden in diesen Tagen mehr und mehr. Die Stadt Attendorn hatte auf ihrer Homepage extra einen Link zur Pilgergruppe eingerichtet. Hier erfuhr man die täglichen Neuigkeiten aus Spanien und so waren wir Eltern auch immer ein



Stück dabei. Die neun Tage vergingen wie im Flug. Und wie schon bei der Abfahrt war Attendorn am Tag der Ankunft fest in der Hand von Eltern und Freunden. An der Brücke vor der Stadt hängten Eltern Willkommensplakate auf und wenn man in diesen Tagen Eltern traf, deren Kinder auch zur St. Ursula-Realschule gehörten, so gab es nur ein Thema. „Was habt ihr gehört?“ Schließlich fuhren die Busse mit einem großen Hupkonzert auf den Parkplatz und nicht nur wir Eltern waren froh, unsere Kinder gesund und munter wieder in die Arme schließen zu können. Erschöpft waren sie alle. Aus manchen sprudelten die Erlebnisse nur so hervor, andere waren einfach zu müde um irgendetwas zu sagen. Alle, ob Schüler und Schülerinnen, Lehrer und Begleitpersonal hatten dann ein langes Wochenende um sich zu erholen und den Berichten zu lauschen. Geschlafen haben unsere Kinder am nächsten Tag bis in die Nachmittagsstunden. Danach wurde weiter erzählt. Selbst heute fallen ihnen noch so manche Begebenheiten ein, die sie erzählen. Sie hatten die Möglichkeit, in ihrer Schulzeit ein einmaliges Erlebnis der Gemeinschaft zu erfahren. So ein Erlebnis prägt und es wird ihnen immer in Erinnerung bleiben. ■



N.N. (Schüler-Mutter)



Aus der Sicht des Schulseelsorgers

[...] Diese Lebenserfahrung haben wir wieder gefunden in den beiden Wörtern, die zum Titel für das Wallfahrtbuch geworden sind: „**Aufbrechen und Ankommen**“.

Jeden Tag müssen wir aufstehen, aufbrechen, losgehen, um etwas zu erreichen, um weiterzukommen, um unser Leben zu gestalten. Wir müssen aufbrechen, damit wir innerlich „lebendig“ bleiben. Wir müssen aufbrechen und aufeinander zugehen, wenn wir in einem guten Miteinander leben; wenn Freundschaften und Zusammensein gelingen sollen.

Unser Glaube ist kein „Privatglaube“. Das Christentum ist eine „Beziehungsreligion“. Wenn wir glauben wollen, müssen wir aufbrechen. Christlicher Glaube „geht“ nicht allein, sondern immer nur im Miteinander. Der Weg nach **Santiago de Compostela** war also ein Weg hin zu den Wurzeln, aus denen wir leben und aus denen unsere Schule lebt.

Darüber hinaus gab es Zeiten, in denen wir **AUFBRECHEN** und **ANKOMMEN** bewusst gestalteten: Beim Tageseinstieg, dem Morgenbetet, der uns half, gemeinsam aufzubrechen hinein in einen neuen Tag, der so vieles bereithielt an Erlebnissen und Erfahrungen; im bewussten **Miteinanderessen**; im Innehalten unterwegs, wenn wir in den einzelnen Pilgergruppen beteten, sangen, über etwas staunten, uns erzählten von dem, was wir gerade sahen und erlebten; im **Füreinanderdasein**, wenn's schwer wurde; beim Tagesausstieg, dem Abendbetet, das uns half, den Tag dankbar und gut zu beenden.

Unseren Glauben haben wir besonders in den Gottesdiensten gefeiert: Am Strand von **Santander**, bei der fast nächtlichen Eucharistiefeier in der Kathedrale von **León** und dann beim Wallfahrtsgottesdienst in der

Kathedrale von **Santiago de Compostela**. Diese unterschiedlichen gottesdienstlichen Formen machten uns bewusst, dass Gott mit uns auf dem Weg unseres alltäglichen Lebens ist. ■

*Michael Lütkevedder,
Schulseelsorger (Auszüge)*



Verbale Gewalt an Schulen

Die häufigste Form von Gewalt an deutschen Schulen ist verbale Gewalt wie Beleidigung oder Drohen. Der Umgangston verroht zunehmend. Zu diesem Ergebnis kommt Kristian Klett in einer Untersuchung zum Thema „Gewalt an Schulen“ am Pädagogischen Seminar der Universität zu Köln. Mit der Feststellung, dass die Schule schon immer ein Ort der Gewalt war, verbindet der Autor die Forderung nach mehr Konzepten zur Gewaltprävention. Er zeige auf, dass Streitschlichterprogramme die Einstellung der Schüler zur Gewalt nachhaltig verändert, so die Uni Köln. ■

aus: *AJS Forum 4/2004*

Tastsäckchen für zappelige Schulkinder

Spielen Schulkinder bei ihren Hausaufgaben ständig mit ihren Schreibsachen, sollten sie ein mit Steinchen oder Reis gefülltes „Tastsäckchen“ kneten dürfen, empfiehlt die Aktion Humane Schule (AHS) in Köln. Ebenso gut geeignet sei ein mit Sand gefüllter Luftballon. Wer nicht ruhig sitzen könne, brauche ein Ballsitzkissen aus dem Sanitätshaus oder einen Melkschemel.

Auch das Schreiben am Stehpult, ersatzweise auf dem Bügelbrett, und das Lesen im Gehen könnten Abhilfe schaffen. „Wenn der Bewegungsdrang völlig unterdrückt wird, leidet die Konzentration“, erläutert der AHS-Bundesvorsitzende Detlef Träbert. ■

aus: *AJS Forum 4/2004*

Sicherheitsregeln für Kinder im Internet

Sicher Surfen

Wie können sich Kinder und Jugendliche gegen eine Kontaktaufnahme von Pädosexuellen über das Internet schützen? Dazu gibt das Faltblatt der AJS Tipps und Hinweise. Pädosexuelle sind Erwachsene, die sexuell an Kindern interessiert sind und diese auch häufig sexuell missbrauchen. Manche nutzen das Internet für ihre Zwecke, um unter einer vorgetäuschten Identität mit Mädchen und Jungen Kontakt aufzunehmen.

In dem Faltblatt erfahren Kinder und Eltern, wann sie hellhörig werden sollten. Angebote, als Fotomodell zu posieren, Fragen nach sexuellen Erfahrungen und vieles mehr, sind ein Anlass, um mit einer Vertrauensperson zu sprechen. Auch die Mädchen und Jungen sollten einige goldene Regeln beachten – damit sie sicher surfen.

Bestellungen bitte an die AJS, Poststr. 15–23, 50676 Köln, Fax 0221/921392-20 oder info@mail.ajs.nrw.de. ■

aus: *AJS Forum 4/2004*

Die Arbeit der KED in NRW spiegelt sich unter anderem in der Erstellung von Stellungnahmen zu schulpolitischen Fragen, die Sie auf der Internetseite www.bistummuenster.de unter Schule + Erziehung > Schulpastoral > Eltern und Schule finden. Gesetzestexte zum Thema Schule finden sich auf der Seite www.bildungsportal.nrw.de

Herausgeber:

**Katholische Elternschaft Deutschlands
KED in NRW – Landesverband**

Kardinal-von-Galen-Ring 55
48149 Münster
Telefon: (0251) 495-404
E-Mail: ked@bistum-muenster.de

Der KED Kurier ist erhältlich bei der KED in NRW oder bei der KED in Ihrem Bistum.

KED IM BISTUM AACHEN e.V.

Bettrather Straße 22
41061 Mönchengladbach
Telefon: (02161) 84 94 99
oder Telefon: (02161) 8 81 51
Telefax: (02161) 5754775
E-Mail: ked-bistum-aachen@t-online.de

KED IM BISTUM ESSEN

Krusestraße 15
46238 Bottrop
Telefon: (02041) 73 01 21

KED IM ERZBISTUM KÖLN

Vorgebirgsstraße 6
50677 Köln
Telefon: (0221) 31 55 13
Telefax: (0221) 310 97 46

KED IM BISTUM MÜNSTER

Kardinal-von-Galen-Ring 55
48149 Münster
Telefon: (0251) 495-404
E-Mail: ked@bistum-muenster.de

**FdK / KED IM
ERZBISTUM PADERBORN e.V.**

Domplatz 3
33098 Paderborn
Telefon: (05251) 125-217
Telefax: (05251) 125-470